



Wissenswertes

Rentenberatungsbüro Hauptmann Postfach 1260, 53334 Meckenheim
Tel. 02225 - 10787; Fax: 02225 - 10999

Ausgabe Februar 2009

Aktuelle Informationen und Neuigkeiten für Rechtsanwälte im Fachbereich Familienrecht

I.

Aufgrund dessen, dass der Deutsche Bundestag am 12.2.2009 das Versorgungsausgleichs-Strukturreformgesetz (VAStrRefG) in 2. und 3. Lesung auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages beschlossen hat und der Bundesrat am 6.3.2009 diesem Gesetz zustimmen muss/wird, **ergeben sich einige positive Änderungen gegenüber dem VersAusglG-E:**

1. Das **Rentnerprivileg bzw. das Pensionistenprivileg** für bereits anhängige Verfahren ist wesentlich leichter zu erreichen, da Voraussetzung „nur“ noch ist, **dass das Verfahren über den VA vor Inkrafttreten des NEUEN Rechts eingeleitet worden ist und die aufgrund des VA zu kürzende Rente/Pension begonnen hat (§ 268 a Abs. 2 SGB VI)**. Der Versorgungsausgleich muss demnach nicht mehr vor Inkrafttreten des NEUEN Rechts **WIRKSAM** sein
2. Aufgrund der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages sind die Übergangsregelungen (§ 48 VersAusglG) bezüglich des Ausgleichs eines anhängigen VA-Verfahrens **nach NEUEM Recht** verbessert worden. Art. 22 VAStrRefG ist neu hinzugekommen, wonach Art. 111 FamFG folgendermaßen geändert wird:

Artikel 111 des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) wird wie folgt geändert:

(3) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 sind auf Verfahren in Familiensachen, **die am 1. September 2009 ausgesetzt sind oder nach dem 1. September 2009 ausgesetzt werden oder deren Ruhen am 1. September 2009 angeordnet ist oder nach dem 1. September 2009 angeordnet wird, die nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit geltenden Vorschriften anzuwenden.**

4) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 sind auf Verfahren über den Versorgungsausgleich, **die am 1.9.2009 vom Verbund abgetrennt sind oder nach dem 1.9.2009 abgetrennt werden, die nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit geltenden Vorschriften anzuwenden**. Alle vom Verbund abgetrennten Folgesachen werden im Fall des Satzes 1 als selbständige Familiensachen fortgeführt.

5) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 sind auf Verfahren über den Versorgungsausgleich, in denen am 31. August 2010 im ersten Rechtszug noch keine Endentscheidung getroffen wurde, sowie auf die mit solchen Verfahren im Verbund stehenden Scheidungs- und Folgesachen ab dem 1.9.2010 die nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform der Verfahrens in Familiensachen

und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit geltenden Vorschriften anzuwenden.

Hinweis: Wer erkennt, dass eine Entscheidung im **anhängigen** Verfahren nach derzeitigem Recht für die Mandantin bzw. den Mandanten SCHLECHTER wäre als nach NEUEM Recht, kann mit Hilfe des § 48 VersAusglG „**versuchen zu erreichen**“, dass die Entscheidung nach NEUEM Recht vorgenommen wird.

II.

Nach neuem Recht müssen die Familienrichterinnen/-richter sowie die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte **INSBESONDERE** beim **Ausgleich der betrieblichen Altersversorgung** die Auskünfte der Versorgungsträger auf **RICHTIGKEIT** in Bezug auf die übersichtliche und nachvollziehbare Berechnung des Ausgleichswerts (§ 5) einschließlich der Kostenteilung (§ 13) sowie des korrespondierenden Kapitalwertes (§ 47) prüfen. Außerdem müssen die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte die **DURCHFÜHRUNG** des Versorgungsausgleiches durch das Familiengericht **PRÜFEN**, da weder eine falsche Auskunft des betrieblichen Versorgungsträgers noch eine falsche Entscheidung **KORRIGIERT** werden kann. Das bedeutet, dass die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte **- um Regressforderungen zu vermeiden -** sich die Satzungen, Versorgungsordnungen, Betriebsvereinbarungen, Vertragsbedingungen (**insbesondere des Rechnungszinses bei der Ermittlung des korrespondierenden Kapitalwertes**) usw. ansehen bzw. prüfen müssen und eine Erläuterung der Versorgungsauskünfte verlangen sollten (§ 5 VersAusglG sowie § 220 Abs. 4 FamFG). **Man sollte sich auch nicht scheuen zu beantragen, dass der Versorgungsträger in der mündlichen Verhandlung die Einzelheiten der Wertermittlung erläutern soll.**

Diese **SORGFALT** ist deswegen zu beachten, da der Ausgleich der Betriebsrente nicht nur nicht wegen falscher Auskunft oder falschem Ausgleich korrigiert werden kann **sondern weil die Betriebsrente von der Anpassung wegen Tod der berechtigten Person (§ 37), von der Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze (§ 35) oder wegen Unterhalt (§ 33) ausgenommen wurde.** Das bedeutet, dass die sofortige Kürzung der Betriebsrente nach Rechtskraft der VA-Entscheidung vorzunehmen ist und dass dieser Kürzungsbetrag **FÜR IMMER** verloren ist.

Das **NEUE RECHT** wird auch eine „**HERAUSFORDERUNG**“ für Familienrichterinnen und Familienrichter sein, da man das **NEUE RECHT** m.E. nur mit „Weiter- bzw. Fortbildung“ richtig anwenden kann.

Dies sind für dieses mal „nur“ 2 Hinweise für Sie. In meinen Vorträgen werden noch mehr Hinweise aufgezeigt und ich werde anhand von Beispielen aufzeigen, in welchen Fällen das alte Recht oder das Neue Recht günstiger ist.

Viele Grüße aus Meckenheim sendet Ihnen *Wilfried Hauptmann*